

DEBATTE ÜBER DIE GEMEINSCHAFTSPOLITISCHE ERKLÄRUNG DER REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT – DOKUMENT 16 (2009-2010) NR. 2

DER PRÄSIDENT: Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dieser Regierungserklärung haben wir unser bildungspolitisches Gesamtkonzept um einige sehr weitreichende Zukunftsprojekte erweitert. Dabei haben wir neueste wissenschaftliche Erkenntnisse und die Meinung namhafter internationaler Experten

- 40 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

genauso berücksichtigt wie zahlreiche Vorschläge aus der Bevölkerung, die bei Workshops und bei der Runde der Regierung durch die neun Gemeinden gemacht wurden und in dem Protokoll als Anhang zur Regierungserklärung dokumentiert werden.

Kollege Arimont, dass wir schon in der letzten Legislaturperiode ein bildungspolitisches Gesamtkonzept mit zahlreichen Reformen erarbeiten mussten, hat natürlich damit zu tun, dass es damals und auch heute noch Probleme im Unterrichtswesen gibt bzw. gegeben hat. Wenn dem nicht so wäre, müssten wir keine Reformen durchführen. Es bestehen beispielsweise immer noch Probleme bei der Lesekompetenz. Etwa 15 bis 17,5 % der 15-jährigen Ostbelgier verfügen nicht über die Minimalanforderungen an Lesekompetenz. Das ist ein bekannter Fakt und deswegen arbeiten wir an Reformen. Dieses Konzept zu erarbeiten und jetzt weiterzuentwickeln, war eine wahrhaft große Herausforderung. Es war ein lehrreicher – Kollegin Franzen –, ein spannender Prozess gelebter, partizipativer Demokratie, auch wenn wir uns natürlich – das gebe ich offen zu – bei der einen oder anderen Veranstaltung noch mehr Teilnehmer gewünscht hätten. Dieses Konzept umzusetzen, wird für unsere kleine Gemeinschaft natürlich eine noch größere Herausforderung. Auch hier wird es grundlegend darauf ankommen, den Bürger zu beteiligen.

Ich kann Sie beruhigen, Frau Franzen, wir werden als Regierung nicht von oben herab und auch nicht vom grünen Tisch aus regieren, sondern wir möchten die Menschen mitnehmen, sie überzeugen und bei jeder einzelnen Maßnahme, die in dieser Regierungserklärung vorgeschlagen wird, ernst nehmen. Das bedeutet für meinen Bereich, dass ich alle Maßnahmen bei Schulbesuchen mit den Lehrerkollegien vor Ort diskutieren möchte und dass ich mich an zahlreichen Treffen mit den Schulleitern und den Schulträgern der Deutschsprachigen Gemeinschaft beteiligen werde. Und weil Sie eben eine erlaubte oder nicht erlaubte – das bleibt noch zu klären – Schleichwerbung für Ihre Veranstaltung vom 8. Oktober 2010 gemacht haben, gestatte ich mir im gleichen Zusammenhang ...

FRAU FRANZEN (*aus dem Saal*): 18. Oktober!

HERR PAASCH, Minister: Oh, jetzt vermiese ich Ihnen auch noch das Datum der Veranstaltung!
(*Allgemeines Gelächter*)

FRAU FRANZEN (*aus dem Saal*): Sie dürfen es ruhig noch einmal sagen!

HERR PAASCH, Minister: Nicht, dass alle Leute am 8. Oktober kommen! Im gleichen Zusammenhang erlaube ich mir ebenfalls, eine Werbung vorzutragen. Im Sinne der partizipativen Demokratie werden wir am 1. Oktober 2010 – und das möchte ich betonen – alle Lehrpersonen aller Netze des Grundschulwesens in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Triangel St. Vith versammeln. Ich glaube nicht, dass, mit Ausnahme einiger weniger Kantone in der Schweiz oder des Kleingliedstaates Mikronesien, jemand in der Lage ist, eine solche partizipative Demokratie zu organisieren. Wir werden uns über eines der strategisch wichtigsten Themen der nächsten Jahre unterhalten, nämlich

die Förderung von Menschen mit Lernschwierigkeiten und von Menschen mit Beeinträchtigungen. Ich glaube nämlich – genau wie Kollege Dannemark –, dass es nur so gelingen kann, die Vorteile der kurzen und direkten Wege unserer kleinen Gemeinschaft zu nutzen.

Die zahlenmäßige Kleinheit unserer Gemeinschaft hat natürlich auch Nachteile. Das will ich hier ganz offen sagen. Wenn ich von einigen wenigen Ausnahmen absehe, sind wir ganz alleine für die Bildungspolitik in unserer Gemeinschaft zuständig und verantwortlich. Unsere Zuständigkeit in diesem Bereich ist genauso groß wie die der Französischen und der Flämischen Gemeinschaft und geht in Teilen sogar über die Zuständigkeit von deutschen Bundesländern hinaus. In Flandern, in der Französischen Gemeinschaft, in

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 27. September 2010 - 41 -

Rheinland-Pfalz oder beispielsweise auch in Nordrhein-Westfalen verfügen die Bildungsministerien über Hunderte Mitarbeiter. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft kümmern sich nur sehr wenige Personen um das Unterrichtswesen und das ist eine Herausforderung, denn ob Sie nun einen Lehrplan entwickeln, der in 70 oder in 5.000 Schulen angewandt wird, der Aufwand, um diesen Lehrplan zu erstellen, ist in beiden Fällen, in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und in Nordrhein-Westfalen, der gleiche. Ob Sie ein Dienstrecht erarbeiten, an das sich 2.000 oder an das sich 100.000 Personalmitglieder halten müssen, der Aufwand ist präzise der gleiche. Wir verfügen also zwangsläufig über sehr wenig Personal, um diesen großen Herausforderungen im Bildungsbereich zu begegnen.

Diesen Nachteil können wir nur ausgleichen, wenn wir auch in dieser Legislaturperiode, gezielt auf Kooperation und Außenbeziehungen setzen. Wenn wir das tun – davon bin ich überzeugt –, können wir sogar aus diesem Nachteil der Kleinheit noch einen Vorteil machen. Wenn wir nämlich – wie Kollege Dannemark gesagt hat – konsequent bereit sind, über den eigenen Tellerrand zu schauen und von anderen Regionen in Europa zu lernen, dann werden wir unsere Bildungsregion vielleicht tatsächlich zu einer Modellregion machen können, wie Frau Klinkenberg sie eben ansatzweise beschrieben hat. Denn dann können wir den Zugang zur Bildung gerechter gestalten, indem wir beispielsweise bei der Hausaufgabenbetreuung gezieltere Unterstützungskonzepte entwickeln und Modelle suchen, um die Schulbesuchskosten einzugrenzen. Kollege Arimont, Sie haben eben in diesem Zusammenhang diese beiden Vorschläge gemacht. Diese reichen natürlich nicht aus, um den Zugang zur Bildung wirklich gerechter zu gestalten.

Um dies zu erreichen, wird man dafür sorgen müssen, über eine weitreichende Reform des Sekundarschulwesens nach flämischem und finnischem Vorbild eine möglichst gemeinsame Grundausbildung möglichst aller Kinder zu gewährleisten. Wir werden in diesem Zusammenhang für die Förderung von Kindern mit Lernschwächen und Verhaltensauffälligkeiten sowie für die Förderung von Hochbegabten ebenfalls völlig neue innovative Konzepte brauchen. Wir werden in der Tat – ich weiß nicht, ob Frau Franzen es gesagt hat oder Herr Arimont – Sprachkurse für Migranten entwickeln müssen. Besonders wichtig wird in diesem Zusammenhang sein, die PMS-Zentren, die Gesundheitszentren und bestimmte Sozialdienste neu zu strukturieren, mit dem Ziel, allen Kindern und Jugendlichen eine multidisziplinäre und vor allem ganzheitliche Betreuung zu gewährleisten. Gleichzeitig kann es uns gelingen, die Unterrichtsqualität noch zu verbessern.

Diese zu verbessern, bedeutet für uns zweierlei. Zum einen müssen wir die Organisationsstruktur von Schulen stärken, beispielsweise durch moderne qualifizierte Leitungsstrukturen, die wir mit Partnern aus dem In- und Ausland erarbeiten, denn wenn es um die Organisation von Team- oder Schulentwicklungsarbeit geht, können wir es uns in Zukunft nicht mehr erlauben, den Schulleiter alleine zu lassen. Zum anderen werden wir auch praxisnahe Weiterbildungsangebote mit Partnern aus der Bundesrepublik

Deutschland und Österreich entwickeln müssen. Zudem werden wir – wie heute von Ihnen gefordert, Kollege Arimont – tatsächlich auch die pädagogische Ausbildung in unserer Gemeinschaft reformieren müssen. Vielleicht haben Sie vergessen, dass dies schon im Grundlagendekret aus dem Jahre 2005 zur Gründung der autonomen Hochschule eines unserer klar definierten Ziele war. Diese Reform der Hochschule beinhaltet natürlich eine Veränderung und Verbesserung der pädagogischen Ausbildung für Grundschullehrer und Kindergärtner in unserer Gemeinschaft.

Natürlich werden wir nicht in der Lage sein, alle Angebote, die in Belgien an Universitäten in der Französischen oder Flämischen Gemeinschaft organisiert werden, auch selbst anzubieten. Das müssen wir auch nicht. Wir handeln dort, wo es Bedürfnisse gibt, die anderenorts nicht erfüllt werden können. Wir benötigen in diesem Zusammenhang eine noch viel gezieltere Unterstützung der jungen Lehrpersonen und Berufseinsteiger nach

- 42 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

dem Studium, beispielsweise über eine Berufseinstiegsphase oder eine Verlängerung der Ausbildungszeit an der Autonomen Hochschule.

Frau Franzen hat vollkommen recht, die Nachhaltigkeit muss in diesen Programmen eine besondere Bedeutung einnehmen. Wie Sie vielleicht noch wissen, haben wir im Jahre 2007 Rahmenpläne für das Grundschulwesen und die erste Stufe des Sekundarschulwesens verabschiedet. Dabei haben wir die Förderung der Nachhaltigkeit zu einer Querschnittsaufgabe für alle Unterrichtsfächer aller Netze unserer Gemeinschaft gemacht und die Ansprüche dieser Nachhaltigkeit jeweils auf die sieben Fächer begrenzt. Dasselbe müssen wir natürlich nun auch für die zweite und dritte Stufe des Sekundarschulwesens tun. In diesem Gesamtzusammenhang sollten wir uns ebenfalls vornehmen, die technische und berufliche Bildung aufzuwerten.

Im Zukunftsprojekt *Wege zur Berufskompetenz* werden dazu zahlreiche – wie ich finde – innovative Vorschläge gemacht. Ganz nach finnischem Vorbild möchten wir beispielsweise die Durchlässigkeit zwischen Schulformen verbessern und für eine wechselseitige Anerkennung der Lern- und Lebensleistungen sorgen. Wir möchten außerdem über eine Anlehre in der mittelständischen Ausbildung nach Schweizer Vorbild oder eine Vorlehre nach österreichischem Vorbild nachdenken. Wir denken ebenfalls an die Einführung dualer bis hin zu trialer Bachelorstudiengänge in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwischen den Zentren für Aus- und Weiterbildung des Mittelstands und Fachhochschulen, beispielsweise der AHS oder auch Partnereinrichtungen im Ausland. Schließlich benötigen wir für die technische Ausbildung einen eigenen nationalen Qualifikationsrahmen. Dank unserer Außenbeziehungen können wir uns jedoch auch in diesem Bereich bei anderen einiges abschauen.

Frau Franzen, Sie haben ebenfalls recht, dass im Robert-Schuman-Institut im Bereich des Umweltmanagements Vorbildliches geleistet wird. Deshalb waren wir seinerzeit bereit, für dieses Thema über das Stundenkapital eine Person freizustellen, die selbstverständlich auch als Multiplikator für andere Schulen eingesetzt werden sollte und die schon die eine oder andere Veranstaltung für andere Schulen organisiert hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Kern wird es in der sogenannten Bildungsregion immer darum gehen, möglichst allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft möglichst alle Kompetenzen beizubringen, die sie brauchen, um als aktive Bürger das gesellschaftliche Leben mitzugestalten, am Prozess des lebenslangen Lernens teilzunehmen und auf dem Arbeitsmarkt eine lohnende Beschäftigung zu finden, die ihren ganz privaten Interessen, Fähigkeiten und Bedürfnissen entspricht. Deshalb war und ist es richtig und wichtig, Bildungspolitik und Beschäftigungspolitik eng miteinander zu verbinden. Bildungspolitische und beschäftigungspolitische Instrumente müssen kohärent und präzise aufeinander abgestimmt werden, denn gerade in diesem Bereich brauchen wir Politik aus einem Guss. Wie das gelingen kann, wird in dieser Regierungserklärung

sehr deutlich beschrieben. Wir zeigen beispielsweise auf, wie wir den Übergang von der Schule in den Beruf besser gestalten können, um Lehr- und Studienabbrüche zu vermeiden. Es wird – Kollege Dannemark wies darauf hin – auch vorgeschlagen, die Organisationsstruktur des Arbeitsamts grundlegend zu reformieren. Wir möchten Betreuungsprogramme für jugendliche Schulabbrecher entwickeln. Beim Arbeitsamt wird ein Job- und Vermittlungskoach eingesetzt, der sich um die schwer vermittelbaren Arbeitsuchenden kümmert. Die beschäftigungspolitischen Instrumente werden weiterentwickelt.

Kollege Arimont, selbstverständlich halten wir bis zum Jahr 2012 – das war damals unsere Prognose – an unseren zusätzlichen Maßnahmen im Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise fest. Wir haben einige Maßnahmen im Parlament und später in der Regierung beschlossen, die dieses Ziel verfolgen. Ich bin sehr gerne bereit, mit Ihnen im Ausschuss oder in der Öffentlichkeit über die vorläufige Leistungsbilanz dieses Maßnahmenpakets zu diskutieren. Eine Zahl kann ich bereits vorwegnehmen, weil ich sie

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 27. September 2010 - 43 -

heute Morgen noch gesehen habe: Allein im Jahre 2010 haben wir über unser Beschäftigungsprogramm etwa 90.000 EUR in Maßnahmen, die sich konkret mit der Beschäftigungspolitik befassen, für den Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise investiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben sehr ehrgeizige Ziele gesetzt. Wir haben uns für diese Legislaturperiode viel vorgenommen und einiges haben wir in diesem Jahr schon umgesetzt. Wir sind uns aber auch der Tatsache bewusst, dass die finanziellen Rahmenbedingungen heute, nach oder vielleicht sogar noch inmitten der größten Finanz und Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren, schwierig sind. Es können jedoch erstens – das können Sie nachprüfen – viele Projekte auch ohne zusätzliches Geld verwirklicht werden. Zweitens sind einige Projekte durch eine Umschichtung innerhalb des Haushalts finanzierbar. Drittens werden in absehbarer Zeit dank unseres rigorosen Sparkurses – ich betone „rigorosen Sparkurses“ – der letzten Jahre wieder neue, wenn auch begrenzte Spielräume entstehen. Dass dies bis 2013 kaum der Fall sein kann, ergibt sich von selbst aus den finanzpolitischen Rahmenbedingungen.

Die Behauptung – ich weiß allerdings nicht mehr, wer sie aufgestellt hat –, dass die Spielräume schon vor dieser Finanzkrise besonders eingeengt gewesen wären, muss ich allerdings nachdrücklich zurückweisen. Ohne diese Finanz- und Wirtschaftskrise hätte dieser rigorose Sparkurs nicht gefahren werden müssen, ohne die Finanz- und Wirtschaftskrise, die ausschließlich für die heutigen Finanzprobleme der Gemeinschaft verantwortlich ist, könnten wir das eine oder andere Projekt sicherlich schneller verwirklichen. Kollegin Franzen wird mir natürlich zustimmen, wenn ich sage, dass es keinen Sinn hat, Konzepte zu verwirklichen, bevor die dafür erforderliche Bedarfsanalyse vorliegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Regierung wird sich auch weiterhin aktiv an der Gestaltung der Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinschaft beteiligen. Wir werden bei allen zu beschließenden Maßnahmen kohärent vorgehen, sie als Bestandteil eines Gesamtkonzepts werten und uns besonders in der Bildungspolitik keine Schnellschüsse erlauben. Es wird nachhaltig geplant und gezielt auf Kooperation gesetzt. Wir werden uns von anderen inspirieren lassen und Parlament und Bürger aktiv an diesem Prozess beteiligen. Ich danke Ihnen!

(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)